



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Dominikanische Republik

2021

Geschlechtsspezifische Gewalt war weiterhin weitverbreitet. Eine Reform des Strafgesetzbuchs, die Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren und Schutz vor Gewalt, Folter und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität bieten würde, scheiterte im Kongress.

Geschlechtsspezifische Gewalt

Laut vorläufigen Zahlen der Generalstaatsanwaltschaft wurden zwischen Januar und September des Jahres 2021 111 Frauen getötet, wobei es sich in 61 Fällen um Femizid handelte. Zudem gab die Generalstaatsanwaltschaft an, zwischen Januar und Oktober mehr als 63.000 Anzeigen wegen geschlechtsspezifischer und innerfamiliärer Gewalt und mehr als 6.300 Anzeigen wegen Sexualdelikten erhalten zu haben.

Die Behörden unternahmen nach wie vor keine Anstrengungen, um ein nationales Protokoll zur Untersuchung von Folter auf der Grundlage des Handbuchs für die wirksame Untersuchung und Dokumentation von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (Istanbul-Protokoll) zu entwickeln, obwohl den Behörden im Jahr 2019 Beweise dafür vorgelegt wurden, dass die Polizei Cis- und Trans-Frauen, die Sexarbeit leisteten, routinemäßig vergewaltigte, schlug und demütigte. Diese Handlungen könnten nach Ansicht von Amnesty International Folter und anderen Misshandlungen gleichkommen.

Sexuelle und reproduktive Rechte

Die Dominikanische Republik gehörte noch immer zu den wenigen Ländern in der Region, die Personen kriminalisierten, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen wollen. Dieses absolute Abtreibungsverbot führte auch weiterhin zum Tod von Schwangeren.

Im März 2021 kampierten Hunderte von Menschenrechtsverteidiger/innen vor dem Nationalpalast und forderten die Mitglieder des Kongresses auf, bei der Debatte über die Reform des Strafgesetzbuchs in den folgenden drei Fällen für die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen zu stimmen: erstens, wenn die Schwangerschaft ein Risiko für das Leben der schwangeren Person darstellt; zweitens, wenn der Fötus außerhalb des Mutterleibs nicht überlebensfähig wäre; drittens, wenn die Schwangerschaft eine Folge von Vergewaltigung oder Inzest ist. Im Juni stimmte die Abgeordnetenkammer jedoch gegen die Entkriminalisierung in diesen Fällen, wodurch Leben und Gesundheit Tausender Menschen weiterhin gefährdet werden.

Im Dezember 2021 scheiterte ein Reformvorschlag für das Strafgesetzbuch, der Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren und Schutz vor Folter, Gewalt oder Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität bieten würde, erneut im Kongress.

www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/dominikanische-republik-2021